

GR

6. Mai 2026 / SSC

Gemeinde-Initiative: Faire Verteilung der Nationalbankgelder

1 Ausgangslage

- 1.1 Der Verband Solothurnischer Einwohnergemeinden (VSEG) hat eine Gemeinde-Initiative lanciert, die eine faire Verteilung der Nationalbankgelder will. Dazu soll ein neuer Art. 131^{bis}, Beteiligung der Gemeinden an den Ausschüttungen der Nationalbank, in die Kantonsverfassung aufgenommen werden. Die Hälfte der Ausschüttungen der Nationalbank an den Kanton wird nach Massgabe der Bevölkerungszahl an die Gemeinden verteilt. Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten der Verteilung nach Anhörung der Gemeinden.
- 1.2 An der ausserordentlichen VSEG- Generalversammlung vom 6. November 2025 wurde die Gemeinde-Initiative grossmehrheitlich (130:2 Stimmen) zugestimmt.
- 1.3 Der VSEG hat die Solothurner Gemeinden daraufhin aufgefordert, die Gemeinde-Initiative anlässlich der Budget- Gemeindeversammlung im Dezember 2025 oder spätestens anlässlich der Juni- Gemeindeversammlung 2026 den Stimmberechtigten zur Genehmigung vorzulegen.
- 1.4 Aktuell haben 25 Gemeinden der Initiative zugestimmt. Zwei Gemeinden haben die Initiative abgelehnt.

2 Erwägungen

- 2.1 Gemäss Art. 31 des Nationalbankgesetzes erfolgen – soweit Gewinne anfallen respektive entsprechende Reserven vorhanden sind – jährliche Gewinnausschüttungen im Verhältnis 1/3 für den Bund und 2/3 für die Kantone. Die Ausschüttungen, die in unterschiedlicher Höhe anfallen, fliessen in die Rechnung des Kantons – ein Anteil für die dritte Staatsebene – die Gemeinden – ist bisher nicht vorgesehen.
- 2.2 Die Gemeinden mussten im Zuge des jüngsten Massnahmenplans 2024 feststellen und hinnehmen, dass in grösserem Mass Aufgaben und Finanzlasten vom Kanton auf sie abgeschoben wurden. Sie verlangen aus diesem Anlass einen eigenen Anteil an den Ausschüttungen der schweizerischen Nationalbank. Ein Anteil der Gemeinden rechtfertigt sich auch, weil die Gemeinden beispielsweise mit den Leistungsfeldern Alter/ Pflege und Soziales zwei wichtige Bereiche der staatlichen und gesellschaftspolitischen Tätigkeit praktisch allein tragen, die in den letzten Jahren ständig gewachsen sind und bei denen auch für die Zukunft ein starkes Wachstum (demographische Entwicklung) erwartet werden muss.

Die finanzielle Last bei den Gemeinden wird damit immer schwieriger zu tragen und die Gemeinden verlieren zum Teil ihre finanzielle Selbständigkeit oder werden zumindest in ihrer Handlungsfähigkeit stark eingeschränkt. Mit der Ausschüttung der Hälfte der Nationalbankgewinne soll somit die Gemeindeautonomie für die Zukunft zumindest erhalten bzw. wiederum gestärkt werden können.

- 2.3 Die Verteilung an die Kantone erfolgt nach der Bevölkerungszahl. Eine Verteilung innerhalb des Kantons Solothurn auf die Gemeinden soll entsprechend auch nach der Bevölkerungszahl erfolgen, damit kein neuer Finanzausgleich geschaffen werden muss.
- 2.4 Der Kanton vertritt die Meinung, dass eine Verteilung der Mittel nach Bevölkerungszahlen nicht sinnvoll ist. Grössere und finanziell starke Gemeinde werden somit bevorzugt und profitieren davon. Kleinere und strukturell schwächere Gemeinden hätten dagegen nur geringe Vorteile. Mit der Gemeindeinitiative wird dem Kanton die finanzpolitische Handlungsfähigkeit entzogen. Mit den Nationalbankgelder möchte der Kanton die Schulden abbauen und Eigenkapital bilden.

3 Koordination

- 3.1 Die Koordination mit der Finanzverwaltung ist erfolgt.

4 Antrag an den Gemeinderat und Beschlussesentwurf

- 4.1 Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, die Gemeinde-Initiative zu unterstützen.

Vollzug: KZL

GR
KZL
FV